

am 13. und 14. Oktober 2025

21/65

Entwurf

Ausschließlich zur internen Verwendung!

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion

Politik für eine zukunftsfähige Stahlindustrie in Deutschland und Europa

Table Briefings

Politik für eine zukunftsfähige Stahlindustrie in Deutschland und Europa

I. Bedeutung des Stahls für Deutschland

Etwa vier Millionen Menschen arbeiten in Deutschland in stahlintensiven Branchen, rund 80.000 direkt in der Stahlindustrie. Stahl ist als Grundstoff von essenzieller Bedeutung für zahlreiche weitere Industrien, darunter die Bauindustrie, die Automobilproduktion sowie der Maschinenbau. Regionale Wertschöpfungsketten bilden dabei einen wichtigen Standortvorteil für Unternehmen aus diesen Sektoren.

Darüber hinaus leistet die Stahlindustrie einen zentralen Beitrag zur Resilienz und Unabhängigkeit Deutschlands, indem sie essenzielle Komponenten für die Verteidigungsindustrie und die (Energie-)Infrastruktur bereitstellt. Schließlich ist die Branche von herausragendem Vorbildcharakter für die Umstellung der Industrie auf klimaneutrale Produktion: Die Stahlherstellung verursacht rund ein Drittel aller Industrieemissionen hierzulande. Eine klimaneutrale Stahlindustrie würde die gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland um sieben Prozent reduzieren.

II. Ausgangslage und Handlungsdruck

Doch die gesamte Branche steht unter massivem Druck – durch weltweite Überkapazitäten, zunehmende Handelskonflikte und protektionistische Zölle. Hinzu kommen im internationalen Vergleich hohe Energiepreise und der enorme Investitionsbedarf in den klimaneutralen Umbau der Produktion.

Wenn es uns nicht gelingt, die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie wieder herzustellen, droht der Verlust tausender Arbeitsplätze. Dies wäre nicht nur ein herber Schlag für die betroffenen Regionen, sondern auch ein unwiderruflicher Verlust an industrieller Wertschöpfung und Resilienz in Deutschland insgesamt. Es braucht daher dringend wirksame industriepolitische Maßnahmen, um die Zukunft der Stahlindustrie in Deutschland zu sichern. Dazu gehören ein wirksamer Außenhandelsschutz, ein wettbewerbsfähiger Industriestrompreis, die Senkung der Stromkosten, ein beschleunigter Hochlauf bei der Wasserstoffinfrastruktur sowie grüne Leitmärkte.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht es als ihre Aufgabe an, die Zukunftsfähigkeit dieses wichtigen Industriezweigs insgesamt zu sichern. Dieses Positionspapier skizziert, wie wir Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und den Umbau hin zu einer klimafreundlichen Produktion in der Stahlindustrie gewährleisten können. Nur so bleibt die Stahlindustrie als Beginn der industriellen Wertschöpfungskette und als entscheidender Resilienzfaktor in Deutschland erhalten – und damit auch der Industriestandort insgesamt gesichert.

I. Kernforderungen

Wir bekennen wir uns klar zum Erhalt aller Stahlstandorte, der Stahlproduktion und Stahlverarbeitung in Deutschland. Wir begrüßen die Ankündigung des Bundeskanzlers, einen Stahlgipfel einzuberufen, der Bund, Länder, Unternehmen und Gewerkschaften an einen Tisch bringt, um gemeinsame Strategien zu erarbeiten und die Dringlichkeit der Lage zu

unterstreichen. Darüber hinaus setzen wir uns für folgende Punkte ein, die unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Mittelbereitstellung im Bundeshaushalt stehen:

1. Schutz vor Dumping-Konkurrenz

- Für die im Jahr 2026 auslaufenden EU-Schutzklauselmaßnahmen (*Safeguards*) ist eine effektive Nachfolgelösung notwendig, die auch produktspezifische Importquoten umfassen sollte. Den entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission unterstützen wir ausdrücklich.
- Der europäische CO₂-Grenzausgleich (*Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM*) muss auf seine Wirksamkeit überprüft werden. Solange er Wettbewerbsverzerrungen nicht ausreichend verhindert, dürfen die Freizuteilungen für die heimische Industrie nicht abgeschmolzen werden.
- Zum Schutz der heimischen Industrie setzen wir uns für verbindliche „Buy European“-Vorgaben im nationalen und europäischen Vergaberecht ein.

2. Umstellung auf grüne Produktion unterstützen

- Mit einem Mix aus politischen Maßnahmen wollen wir dafür sorgen, dass ein international wettbewerbsfähiges Strompreinsniveau für die Stahlindustrie erreicht wird. Dazu gehört zuvorderst der Ausbau Erneuerbarer Energien, den wir weiter vorantreiben und mit ausreichend Back-Up-Kapazitäten hinterlegen werden.
- Eine stabile Energieversorgung muss sichergestellt werden und es braucht gleichzeitig eine verlässliche Senkung der Stromkosten. Der vorgesehene Bundeszuschuss für die Netzentgelte 2026 ist der richtige Weg. Im Sinne der gebotenen Planungssicherheit für energieintensive Unternehmen setzen wir uns für dafür ein, dass diese auch über 2026 hinaus bei den Stromkosten entlastet werden.
- Wir wollen die Möglichkeiten des europäischen Beihilferahmens zur Strompreiskompensation ausschöpfen und werden uns auf EU-Ebene für eine Fortführung der Strompreiskompensation über 2030 hinaus einsetzen.
- Ein verlässlicher und wettbewerbsfähiger Industriestrompreis muss schnellstmöglich eingeführt werden. Standortgarantien und Beschäftigungszusagen sollte dafür die Voraussetzung sein. Bei der Ausgestaltung müssen Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften eng einbezogen werden.
- Um Investitions- und Planungssicherheit zu gewähren, muss die langfristige Finanzierung der Klimaschutzverträge (KSV) über das Jahr 2025 hinaus sichergestellt werden.
- Der Hochlauf der Wasserstoffproduktion muss beschleunigt werden. Wasserstoff aus nicht-erneuerbaren Quellen spielt zwar eine wichtige Rolle als Übergangstechnologie, aber dabei muss darauf geachtet werden, dass der Hochlauf grünen Wasserstoffs nicht ausgebremst wird.
- Die Transformation der Stahlindustrie erfordert nicht nur Energie- und Rohstoffsicherheit, sondern auch eine leistungsfähige Infrastruktur. Insbesondere Bahn- und Hafenlogistik müssen ausgebaut werden, um Wasserstoff-Importe, Schrott /Recyclingmaterialien sowie den Transport von Vormaterialien und Fertigprodukten klimafreundlich und zuverlässig zu gewährleisten.

3. Öffentliche Auftragsvergaben und Infrastruktur als Hebel für grünen Stahl

Um die Nachfrage nach grünem Stahl anzukurbeln, wollen wir verbindliche Nachhaltigkeitskriterien und -quoten in der öffentlichen Auftragsvergabe einführen.

- CO2-reduzierter Stahl – beispielsweise unter Einsatz von blauem Wasserstoff – muss vorrangig eingesetzt werden, solange noch nicht ausreichend grüner Stahl verfügbar ist. Dabei muss darauf geachtet werden, dass der Hochlauf grünen Wasserstoffs nicht ausgebremst wird.
- Der *Low Emission Steel Standard (LESS)* sollte als zentrale Referenz für die Bewertung und Kennzeichnung von CO2-reduziertem Stahl genutzt werden.
- Wir unterstützen freiwillige B2B-Leitmarktinitiativen, um die Nachfrage nach klimafreundlichen Produkten zu stärken.
- Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft mit hochwertigem Stahlschrott ist Grundvoraussetzung für klimaneutrale Stahlproduktion. Wir setzen uns für stabile Recyclingstrukturen, eine Reform der Abfallverbringungsverordnung und die Stärkung der inländischen Schrottaufbereitung ein, um die Versorgung mit Sekundärrohstoffen langfristig zu sichern.
- Um sowohl die Stahlkrise als auch die für die Wirtschaft belastende Situation der maroden Brückenbauwerke in Deutschland in den Griff zu bekommen, setzen wir auf Modularbrücken aus feuerverzinktem deutschem Stahl.
- Den Einzelwagenverkehr bei der Schienengüterlogistik werden wir erhalten und ausbauen.

4. Staatliche Beteiligung als Ultima Ratio

- Der Staat kann sich das Recht vorbehalten, in begründeten Einzelausnahmefällen in die Stahlproduktion einzusteigen, um strategische Abhängigkeiten zu vermeiden, Mitentscheidungsrechte zu sichern und die Sicherheitsinteressen Deutschlands zu wahren.
- Wir brauchen eine Pause bei Stilllegungen von Anlagen und beim Abschalten von Hochöfen.
- Langfristig könnte unter dem Dach einer Stahlstiftung eine dauerhaft tragfähige Struktur entstehen, die marktunabhängig agiert, strategische Investitionen begleitet und Unternehmen beim Umbau zu einer klimaneutralen Produktion unterstützt. Dabei dürfen verschiedene Standorte nicht gegeneinander ausgespielt werden.
- Die Zukunft der Stahlindustrie muss aber vor allem durch konkrete industriepolitische Maßnahmen gesichert werden. Deshalb steht der Staatseinstieg am Ende unserer Prioritäten – als ergänzendes Instrument für absolute Ausnahmefälle, nicht als Ersatz für eine aktive Industriepolitik.

II. Problemlage: Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie ist akut gefährdet. Im Zentrum stehen der intensive globale Wettbewerb und strukturelle Überkapazitäten auf den Weltmärkten. Insbesondere durch Länder wie China, Indien und Russland wird Stahl vielfach günstiger produziert – häufig begünstigt durch staatliche Subventionen, protektionistische Maßnahmen und weniger strenge Umwelt- und Arbeitsstandards. Schon heute stammt jede dritte in der EU verbrauchte Tonne Stahl aus dem Nicht-EU-Ausland. Diese Importabhängigkeit, kombiniert mit einer historisch niedrigen Stahlnachfrage, führt zu einer drastischen Unterauslastung der

deutschen und europäischen Stahlkapazitäten. Es mangelt bislang an adäquaten Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene, um die Verlagerung von Treibhausgasemissionen (*Carbon Leakage*) zu verhindern sowie den unfairen internationalen Wettbewerb und den massiven Importdruck zu begrenzen.

Neben diesen globalen Wettbewerbsverzerrungen verschärfen herausfordernde Standortbedingungen die Situation. Dazu zählen im internationalen Vergleich hohe Energiepreise sowie die Umstellung auf klimafreundliche Produktionsverfahren – langfristig durch den Einsatz von grünem Wasserstoff. Diese Transformation erfordert erhebliche finanzielle Mittel und führt kurzfristig zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber weniger regulierten Märkten. Die zurzeit schwache inländische Konjunktur verschärft die Situation zusätzlich.

III. Maßnahmen

Um die Zukunftsfähigkeit der heimischen Stahlindustrie zu sichern, braucht es daher eine Reihe von industriepolitischen Maßnahmen, die zeitnah wirksam werden müssen.

1. Schutz vor Dumping-Konkurrenz

Es ist nicht hinnehmbar, dass Länder wie China oder Indien mit protektionistischen Maßnahmen europäische Unternehmen vom eigenen Markt ausschließen, während gleichzeitig ihre Produkte ungehindert in Europa gehandelt werden. Gerade im Bereich der industriellen Produkte kommt es immer wieder zu dumpingverdächtigen Tiefpreisangeboten, die die deutsche Stahlindustrie massiv unter Druck setzen, Arbeitsplätze gefährden und die Wertschöpfung im Inland schwächen. Dieses Problem verschärft sich zunehmend, nicht zuletzt durch Strafzölle aus den USA und wachsende Importmengen von Billigstahl aus China. Der Handelsschutz wird damit zu einem entscheidenden Faktor für die Zukunftsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie.

Es braucht daher insbesondere eine wirksame Nachfolgelösung für die 2026 auslaufenden EU-Schutzklauselmaßnahmen (*Safeguards*), die auch produktspezifische Importquoten umfassen sollte. Wir unterstützen ausdrücklich den Vorschlag der EU-Kommission, die Importquoten für Stahl um etwa die Hälfte zu senken sowie die Zölle auf darüberhinausgehende Mengen auf 50 Prozent anzuheben.

Der europäische CO₂-Grenzausgleich (*Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM*) muss auf seine Wirksamkeit hin überprüft werden. Es gilt sicherzustellen, dass der CBAM tatsächlich faire Wettbewerbsbedingungen schafft. Solange der CBAM Wettbewerbsverzerrungen nicht ausreichend ausgleicht, dürfen die Freizuteilungen für die europäische Industrie nicht abgeschmolzen werden. Eine Ausweitung des Anwendungsbereichs auf weiterverarbeitete Stahlprodukte sowie Maßnahmen gegen Umgehungsstrategien und gezielte Umlenkung von Handelsströmen in die EU sind dringend notwendig.

Wir fordern klare „Buy European“-Vorgaben im nationalen und europäischen Vergaberecht. Sie sind ein konsequentes und notwendiges Instrument, um die heimischen Wertschöpfungsketten zu sichern und langfristig Arbeitsplätze zu erhalten – gerade im Zuge der notwendigen Transformation hin zu klimaneutraler Stahlproduktion. Zudem tragen solche Vorgaben dazu bei, Abhängigkeiten von externen Lieferketten zu reduzieren und die wirtschaftliche Resilienz zu erhöhen. Unternehmen aus Drittstaaten ohne EU- oder EWR-Mitgliedschaft und ohne

entsprechende Marktöffnungsabkommen sollten grundsätzlich von öffentlichen Aufträgen in der EU ausgeschlossen werden. Außerdem muss verhindert werden, dass Unternehmen aus Drittstaaten durch Tochtergesellschaften in der EU die Ausschlussregelungen umgehen. Neu angesiedelte Betriebe sollten zudem dazu angehalten werden, europäische Vorprodukte einzusetzen.

2. Umstellung auf grüne Produktion unterstützen

Mit einem Mix aus politischen Maßnahmen wollen wir dafür sorgen, dass ein international wettbewerbsfähiges Strompreisniveau für die Stahlindustrie erreicht wird. Dazu gehört zuallererst der Ausbau Erneuerbarer Energien, den wir weiter vorantreiben und mit ausreichend Back-Up-Kapazitäten hinterlegen werden.

Gleichzeitig braucht es eine verlässliche Senkung der Stromkosten. Mit der Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum, der Abschaffung der Gasspeicherumlage und dem Zuschuss in Höhe von 6,5 Mrd. Euro zu den Netzentgelten hat die Bundesregierung auf unser Drängen hin bereits weitreichende Schritte unternommen, um die Energiepreise zu senken. Im Sinne der gebotenen Planungssicherheit für energieintensive Unternehmen setzen wir uns für dafür ein, dass diese auch über 2026 hinaus bei den Stromkosten entlastet werden.

Wir wollen die Möglichkeiten des europäischen Beihilferahmens zur Strompreiskompensation ausschöpfen und werden uns auf EU-Ebene für eine Fortführung der Strompreiskompensation über 2030 hinaus einsetzen.

All diese Maßnahmen werden jedoch nicht ausreichen, um die Energiepreise für die Stahlindustrie auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu bringen. Für uns ist daher klar: Ein planbarer, verlässlicher und international wettbewerbsfähiger Industriestrompreis ist unverzichtbar. Wir begrüßen, dass die EU-Kommission mit dem neuen Beihilferahmen (*Clean Industrial Deal State Aid Framework, CISAF*) grundsätzlich den Weg für nationale Maßnahmen zur Entlastung energieintensiver Industrien eröffnet hat und setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung die dadurch bestehenden Spielräume konsequent nutzt und die konkrete Ausgestaltung für den Industriestrompreis jetzt angeht (siehe auch SPD-Positionspapier „Drei Weichenstellungen für wettbewerbsfähige Strompreise jetzt und in Zukunft“, 28.08.2023). Dabei müssen die Arbeitnehmervertretungen und die zuständigen Gewerkschaften eng einbezogen werden. Um eine wirksame Entlastung energieintensiver Industrien sicherzustellen, muss der Industriestrompreis auch Unternehmen erfassen, die bereits von der Strompreiskompensation profitieren. Nur solche Unternehmen, die Standortgarantien und Beschäftigungszusagen abgeben, sollten vom Industriestrompreis profitieren dürfen. Darüber hinaus ist die klare Kopplung an Transformationskriterien sinnvoll: Nur Unternehmen, die konkrete Investitionen in klimafreundliche Technologien tätigen und verbindliche Transformationspfade vorlegen, können vom Industriestrompreis profitieren.

Zur Produktion grünen Stahls sind ausreichende Mengen grünen Wasserstoffs erforderlich. Um die Kosten möglichst gering zu halten, muss die Bundesregierung den Hochlauf der Wasserstoffproduktion beschleunigen und dafür insbesondere regulatorische Hürden konsequent abbauen. Darüber hinaus braucht es einen europäischen Wasserstoffmarkt, der sowohl den gemeinschaftlichen Kauf als auch die Verteilung innerhalb der Union regelt. Ohne einen solchen Markt besteht die Gefahr eines kontraproduktiven innereuropäischen Wettbewerbs.

Wasserstoff aus nicht-erneuerbaren Quellen spielt zwar eine wichtige Rolle als Übergangstechnologie, aber dabei muss darauf geachtet werden, dass der Hochlauf grünen Wasserstoffs nicht ausgebremst wird.

Klimaschutzverträge (KSV) stellen ein wichtiges und erprobtes Instrument dar, um Industrieunternehmen anzureizen, bereits jetzt in kostenintensive, aber CO₂-arme bzw. -neutrale Produktionsprozesse zu investieren. Die Bundesregierung muss daher sicherstellen, dass über das Jahr 2025 hinaus eine verlässliche Finanzierung weiterer KSV-Ausschreibungsrunden gewährleistet ist. Die zweite Ausschreibungsrunde muss zeitnah und bürokratiearm auf den Weg gebracht werden.

Die Transformation der Stahlindustrie erfordert nicht nur Energie- und Rohstoffsicherheit, sondern auch eine leistungsfähige Infrastruktur. Insbesondere Bahn- und Hafenlogistik müssen ausgebaut werden, um Wasserstoff-Importe, Schrott und Recyclingmaterialien sowie den Transport von Vormaterialien und Fertigprodukten klimafreundlich und zuverlässig zu gewährleisten.

3. Öffentliche Auftragsvergaben und Infrastruktur als Hebel für grünen Stahl

Neben angebotsseitiger Förderung braucht es dringend Konzepte zur Stärkung der Nachfrage nach grünem Stahl, da dieser in der Herstellung derzeit noch deutlich teurer als CO₂-intensiver grauer Stahl ist. Mit einem jährlichen Auftragsvolumen in dreistelliger Milliardenhöhe verfügt die öffentliche Hand über einen beträchtlichen Hebel, um die Nachfrage nach CO₂-reduziertem und regionalem Stahl anzukurbeln.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, mittels nichtpreislicher Vergabekriterien zeitnah grüne Leitmärkte für Grundstoffe zu etablieren – beispielsweise bei der Deutschen Bahn. Ziel muss es sein, verbindliche Quoten sowie Nachhaltigkeitskriterien für klimafreundliche Produkte bei der öffentlichen Auftragsvergabe festzuschreiben. Dabei sollte das von der Stahlindustrie entwickelte Kennzeichnungssystem *Low Emission Steel Standard (LESS)* als Benchmark und Referenz herangezogen werden. Darüber hinaus unterstützen wir die Gründung freiwilliger B2B-Leitmarktinitiativen, die den Markthochlauf zusätzlich flankieren können.

Bis grüner Stahl in ausreichenden Mengen vorhanden ist, muss CO₂-geminderter Stahl, der beispielsweise mit blauem Wasserstoff hergestellt wird, bevorzugt werden. Dabei muss darauf geachtet werden, dass der Hochlauf grünen Wasserstoffs nicht ausgebremst wird.

Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft mit hochwertigem Stahlschrott ist Grundvoraussetzung für klimaneutrale Stahlproduktion. Wir setzen uns für stabile Recyclingstrukturen, eine Reform der Abfallverbringungsverordnung und die Stärkung der inländischen Schrottaufbereitung ein, um die Versorgung mit Sekundärrohstoffen langfristig zu sichern.

Die Wechselwirkung zwischen der Stahlkrise und der maroden Infrastruktur im Land sind beachtenswert: Denn sowohl im Brücken- als auch im Gleisbau nimmt Stahl eine zentrale, tragende Rolle ein. Gleichzeitig kommt der Güterverkehr auf Straße und Schiene immer weiter durch Streckensperrungen und Kapazitätsengpässe der Infrastruktur im Land zum Erliegen. Dabei bietet die Stahlbranche schon jetzt maßgebliche Lösungsansätze für den nachhaltigen Wiederaufbau unserer Infrastruktur. Die Vorfertigung von aus deutschem Stahl gefertigten

Modulbaubridgen stellt den einzig machbaren Weg dar, in einem engen Zeithorizont die erforderliche Anzahl von mindestens 16.000 baufälligen Brücken zu sanieren. Gleichzeitig stellen Stahlbrücken aus feuerverzinktem Stahl eine langlebige und verschleißärmere Alternative zu den heute in die Jahre gekommenen Spannbetonbauwerken dar.

Für die dringend notwendige Unterstützung der deutschen Stahlindustrie und den Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit bedarf es auch verkehrspolitischer Maßnahmen. Allen voran bekennen wir uns klar zum Schienengüterverkehr, dem als traditioneller Logistikpartner der Stahlbranche eine Schlüsselrolle in der Industrie zukommt. Der geförderte Einzelwagenverkehr ist dabei die Daseinsvorsorge und Standortsicherung mittelständischer Stahlunternehmen und Nebenstandorte zum Schienennetz. Damit dieser Zugang wirtschaftlich attraktiv wird und bleibt, bedarf es einer Steigerung der Förderung des Einzelwagenverkehrs jenseits reiner Marktmechanismen sowie von Gleisanschlüssen und technischen Modernisierungsmaßnahmen, allen voran der digitalen automatischen Kupplung zur Erhöhung der Transportkapazitäten. Außerdem müssen die Trassenpreise (sog. Schienenmaut) deutlich reduziert werden, um den Binnen-transport von Stahl, sowie den europäischen Stahlhandel, zu stärken.

4. Staatliche Beteiligung als Ultima Ratio

Die Erzeugung von Roheisen und die Weiterverarbeitung zu hochwertigem Stahl sind unverzichtbare Grundlagen für ein leistungsfähiges Industrieland – und ein zentraler Baustein unserer wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Souveränität. Um heimische Kapazitäten zu sichern, strategische Abhängigkeiten zu vermeiden und Investitionen in klimaneutrale Produktionsprozesse zu ermöglichen, muss ein staatlicher Einstieg in die deutsche Stahlproduktion in begründeten Einzelausnahmefällen eine Option sein. Durch eine „rechtliche Anteilseigenschaft an Stahlunternehmen“ können Mitentscheidungsrechte gesichert und dadurch die Sicherheitsinteressen Deutschlands gewahrt werden – etwa bei grundlegenden Strukturentscheidungen, für die qualifizierte Mehrheiten erforderlich sind. Ziel muss ein Moratorium für Kapazitätsminderungen und die Abschaltung von Hochöfen sein. Denn als SPD sind wir überzeugt, dass der tiefgreifende Wandel in der Stahlindustrie nicht zu einem Verlust zehntausender guter Industriearbeitsplätze führen darf. Gerade in ansonsten strukturschwachen Regionen ist die Stahlproduktion oft das wirtschaftliche Rückgrat ganzer Kommunen.

Langfristig könnte unter dem Dach einer Stahlstiftung eine dauerhaft tragfähige Struktur entstehen, die marktunabhängig agiert, strategische Investitionen begleitet und Unternehmen beim Umbau zu einer klimaneutralen Produktion unterstützt. Dabei dürfen verschiedene Standorte nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ein solcher Schutzschirm könnte analog zu dem Schutz unserer Finanzmärkte (Finanzmarktstabilisierungsgesetz) ausgestaltet werden.

Zuleitungsformular



Zust. Stellv. Fraktionsvorsitzende/r
Armand Zorn

Berlin, 09. Oktober 2025

An den
Ersten Parlamentarischen
Geschäftsführer der
SPD-Bundestagsfraktion
Dirk Wiese, MdB

Büro Stellv. Fraktionsvorsitzende/r:
Kopie des ausgefüllten Zuleitungs-
formulars bitte an die zuständige
Arbeitsgruppe zurücksenden.

Parlamentdienst
parlamentdienst@spdfraktion.de

Bezeichnung der Vorlage:

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion: Politik für eine zukunftsfähige Stahlindustrie in Deutschland und Europa

Vorschläge zur öffentlichkeitswirksamen Behandlung:

Vorab-Pressemitteilung und Begleitung durch die Pressestelle (zuständige
Pressereferentin, Flora Wissdorf)

Ich bin im Hinblick auf die oben bezeichnete Vorlage mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe gemäß Vorblatt einverstanden in Bezug auf

- die Terminierung der Behandlung in den Fraktionsgremien
sowie
- die Behandlung im Plenum.

gez. Armand Zorn
Name, Vorname

Anlagen: – Vorblatt
– oben bezeichnete Vorlage

Vorblatt

für **Vorlagen** der SPD-Bundestagsfraktion (bspw. Positionspapiere)



Sebastian Roloff/Mahmut Özdemir

Federführendes MdB
(Berichterstatter/in)
Tel.: 227-73996

Matthias Karádi

Verantwortliche Referentin /
verantwortlicher Referent
Tel.: 227-54999

An die/den zuständige/n
Stellvertretende/n Fraktionsvorsitzende/n
Armand Zorn
im Hause

Bezeichnung der Vorlage

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion:
"Politik für eine zukunftsfähige Stahlindustrie in Deutschland und Europa"

Botschaft und wesentlicher Inhalt (max. 300 Zeichen einschl. Leerzeichen)

Die SPD-Bundestagsfraktion bekennt sich zum Erhalt aller Stahlstandorte, der Stahlproduktion und Stahlverarbeitung in Deutschland. Wir setzen uns für Handelsschutz, eine funktionierende Kreislaufwirtschaft, grüne Leitmärkte und ein international wettbewerbsfähiges Strompreisniveau ein.

Inhaltliche Abstimmung mit dem federführenden Ressort der Bundesregierung

-

Unterscheidung zu Positionen der anderen Fraktionen/Parteien

-

Sonstige Bemerkungen

Positionierung der SPD-Bundestagsfraktion vor dem geplanten Stahlgipfel der Bundesregierung im Oktober.

Beschlossen in der federführenden Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion

AG Wirtschaft und Energie

am 09.10.2025

In den mitberatenden Arbeitsgruppen behandelt

Arbeitsgruppen	Behandlungsdatum	Votum
1. Europa	19.09.2025	Zustimmung
2. Finanzen	19.09.2025	Zustimmung
3. Haushalt	09.10.2025	Zustimmung
4. Umwelt	19.09.2025	Zustimmung
...		

Ggf. Votum AG Haushalt zu Auswirkungen auf den Bundeshaushalt/EU-Haushalt
Votum AG Finanzen zu steuerlichen Auswirkungen

Zustimmung

Abstimmung mit den A-Ländern

nicht notwendig

Angestrebter Termin für die Beratung in den Fraktionsgremien

GfV	am 13.10.2025	Berichterstatter/in Armand Zorn
FV	am 13.10.2025	Berichterstatter/in Dunja Kreiser/Jens Peick
Fraktion	am 14.10.2025	Berichterstatter/in Sebastian Roloff/Mahmut Özdemir

09. Oktober 2025

Datum

gez. Matthias Karádi

Bestätigung
der verantwortlichen Referentin /
des verantwortlichen Referenten